

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 20. Juni 2022

Bürgerrechte schützen – Chatkontrolle verhindern

Die Europäische Kommission hat am 11. Mai 2022 ihre „Verordnung zur Festlegung von Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ vorgestellt. Wir Freie Demokraten lehnen den Vorschlag der Europäischen Kommission ab und fordern die EU-Kommission auf, diesen zurückzuziehen und zu überarbeiten.

Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, den Kampf gegen das schreckliche Verbrechen des Kindesmissbrauchs signifikant zu verstärken. Wir teilen jedoch die Einschätzung des Deutschen Kinderschutzbundes, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels nicht verhältnismäßig sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich im Rat gegen die Verordnung zu positionieren.

Die Überwachung aller Chats, Nachrichten und E-Mails von unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern ist eine sicherheitspolitische Entgleisung. Jeder Bürger stünde unter ständigem Generalverdacht. Dies wäre ein gefährlicher Präzedenzfall, der den Rechtsstaat in den Grundfesten erschüttern würde.

Digitale Bürgerrechte sind gleichwertig zu analogen Bürgerrechten: das digitale Briefgeheimnis ist demnach genauso zu schützen wie das analoge Briefgeheimnis. Freie Meinungsäußerung wird eingeschränkt, wenn Bürgerinnen und Bürger die ständige Überprüfung ihrer Kommunikation erwarten müssen. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission würden private Unternehmen gezwungen werden, Polizei zu spielen, ihre Kunden auszuspionieren und beim Staat zu melden. Diese Privatisierung der Strafverfolgung lehnen wir ab.

Um die Vorschriften des EU-Kommissionsvorschlags umzusetzen, wird die Einführung von umfassenden Inhaltsfiltern und die Umgehung von Verschlüsselungstechnologien notwendig sein. Dafür will die EU-Kommission über ein neu zu schaffendes EU-Zentrum zum Kampf gegen Kindesmissbrauch staatliche Überwachungssoftware bereitstellen lassen. Wir Freie Demokraten lehnen dies ab.

Eine Internet-Infrastruktur, die Anonymität und vertrauliche Kommunikation behindert, gefährdet die gesamte Onlinewelt, sowohl für den privaten, den geschäftlichen als auch den staatlichen Gebrauch. Der Staat sollte die Sicherheit digitaler Infrastruktur schützen, nicht entwerten. Als Freie Demokraten stehen wir zum Recht auf Verschlüsselung sowie zur Integrität der Privatsphäre in digitalen Räumen.

Ein risikobasierter Ansatz bei der Maßnahmensetzung ist sinnvoll. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht jedoch vor, dass Risikobewertungen zu einer Zugriffseinschränkung für Jugendliche auf Apps führen sollen, die für Cybergrooming genutzt werden können. Dies würde de facto zu einem Verbot von WhatsApp, Instagram und Co. für Jugendliche führen. Ein solches App-Verbot wäre eine unverhältnismäßige Bevormundung der jungen Bevölkerung, die über diese Kanäle mit ihren Familienangehörigen und Freunden kommuniziert. Statt auf App-Verbote setzen wir auf eine stärkere Selbstbefähigung der Jugendlichen, durch mehr Fokus auf Medienkompetenz im Rahmen der schulischen Bildung, um Jugendliche vor Gefahren im Internet zu schützen.

Wir Freie Demokraten unterstützen den Ansatz der EU-Kommission, die Maßnahmen zur Meldung und Löschung verbotener Inhalte effektiver zu gestalten. Die Einführung von Netzsperrern lehnen wir indes entschieden ab. Sie stellen kein wirksames Mittel im Kampf gegen Darstellungen von Kindesmissbrauch dar, führen gleichzeitig zu einem großen Vertrauensschaden bei den Internetnutzern und zu Verdrängungseffekten. Löschen statt Sperren ist effektiver, schneller und verhindert, dass kriminelle Inhalte weiter im Netz verfügbar sind – und dient somit am besten dem Opferschutz.

Die EU nimmt für sich in Anspruch, auf internationaler Ebene Standards beim Datenschutz und dem Schutz der Menschenrechte zu setzen. Mit dem Vorschlag der EU-Kommission wird dieser Anspruch in Frage gestellt und der Kampf der EU für die Stärkung von Grundrechten global geschwächt.

Kindesmissbrauch ist ein grausames Verbrechen, das die Opfer ein Leben lang begleitet. Hinter dem Deckmantel eines freien Internets darf keine Gesetzeslosigkeit grassieren. Statt diese abscheulichen Verbrechen durch das unverhältnismäßige Aufgeben der Grundrechte aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zu bekämpfen, sollte mehr in die Ausstattung der Polizei, der Europäischen Polizeibehörde Europol und in die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Behörden investiert werden. Wir Freie Demokraten wollen mehr Prävention und Verfolgung von Kindesmissbrauch. Kinder werden durch mehr Personal für Polizei, Jugendämter und Justiz geschützt, nicht durch anlassloses Ausspionieren.